Neue Freie Presse Abendbl
12./VI. 1918

154

Die Aenderungen im Kabinett.

Wien, 12. Juni.

Die Demission des Ministers des Innern Grafen Toggenburg und die Ernennung des Polizeipräsidenten Ritter v. Gayer zum Minister des Innern sowie die Ernennung des Präsidenten des Ernährungsamtes Paul zum Minister wird in Abgeordnetenkreisen lebhaft erörtert. Nach den Ansichten, die Graf Toggenburg noch in letzter Zeit zu verschiedenen Abgeordneten geäußert hat, bestehen zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten abweichende Meinungen über die weitere Entwicklung der parlamentarischen Situation. Während der Ministerpräsident die Einberufung des Reichsrates an gewisse Voraussetzungen bindet, war Graf Toggenburg für die Einberufung des Reichsrates, eventuell auch ohne Voraussetzungen. Der Umstand, daß die Aenderung im Kabinett im jetzigen Augenblicke vollzogen wurde, spricht dafür, daß der Kurs des Ministerpräsidenten die Billigung der maßgebenden Stelle erhalten habe.

Von deutschen Abgeordneten wird darauf hingewiesen, daß der Ministerpräsident selbst die Anwendung des § 14 von vornherein abgelehnt hat. Die deutschen Abgeordneten, die mit dem Ministerpräsidenten in Fühlung sind, erklären, daß Dr. Ritter v. Seidler auch heute diesen Standpunkt einnimmt und daß in einer eventuellen parlamentslosen Zeit auch der Ministerpräsident selbst den § 14 nicht anwenden wird. Man rechnet in deutschen parlamentarischen Kreisen mit einem Ex lex-Zustand.

Einberufung des Ministerrates.

Heute nachmittag findet ein Ministerrat statt, dem Bedeutung beigemessen wird, weil über diese Fragen eine Einigung unter den Mitgliedern des Kabinetts herbeigeführt werden soll. In parlamentarischen Kreisen glaubt man, daß die Einberufung des Reichsrates jetzt nicht erfolgen dürfte. Man nimmt an, daß die Regierung nach Ablauf des den Parteien gestellten Termins, also nach dem 15. Juni, die Gründe für die Nichteinberufung des Reichsrates in einer Erklärung bekanntgeben werde.

Besprechung der czechischen Vertreter mit dem Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Dr. v. Seidler hat die Abgeordneten Habermann und Tusar als Vertreter des Czechischen Verbandes für morgen zu einer Konferenz eingeladen.

Landeshauptmann Dr. Faidutti beim Ministerpräsidenten.

Landeshauptmann von Görz Monsignore Dr. Faidutti hatte eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Doktor v. Seidler, in welcher er die Aufmerksamkeit der Regierung auf die vielen dringenden Bedürfnisse der durch den Krieg so hart mitgenommenen Provinz Görz-Gradiska lenkte. Der Ministerpräsident stellte eine baldige günstige Erledigung der vorgebrachten Wünsche in Aussicht.

Ein Schreiben der Wiener deutschfreiheitlichen Abgeordneten an den Ministerpräsidenten.

Die Deutschfreiheitliche Vereinigung des Abgeordnetenhauses hat an den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler das folgende Schreiben gerichtet:

„Eure Exzellenz! Mit Rücksicht auf die mit Eurer Exzellenz in den letzten Tagen gepflogene Besprechung der Vertreter der Deutschfreiheitlichen Vereinigung erlaubt sich dieser Eurer Exzellenz bekanntzugeben, daß ihre Mitglieder als Abgeordnete der Reichshauptstadt selbstverständlich bei der bevorstehenden Tagung des Reichsrates für die Kredite und Steuern, vorbehaltlich der sachlichen Prüfung der betreffenden Vorlagen in ihren Einzelheiten, stimmen werden. Dagegen müssen wir erklären, daß wir uns nur mit Mühe den Entschluß abgerungen haben; auch der Bewilligung des Budgetprovisoriums zuzustimmen, weil die Bewilligung eines solchen von vielen Seiten als ein Zeichen des Vertrauens betrachtet wird, welches wir der gegenwärtigen Regierung nicht entgegenbringen können.

Infolgedessen sind wir auch nur in der Lage, an der Genehmigung eines Budgetprovisoriums mitzuwirken, welches sich auf die für die Behandlung des Budgets bei Wiederzusammentritt des Reichsrates im Herbste unumgänglich notwendige Zeit erstreckt.

Was etwaige Vorstöße der im Gegensatze zum Staate stehenden Parteien betrifft, so werden wir solchen entschieden entgegentreten, insoweit sie auch nur im mindesten geeignet wären, den Interessen des Staates nach außen oder innen Abbruch zu tun. Gegenüber oppositionellen Anträgen, welche nach unserer Ansicht diesen Charakter nicht an sich tragen und auf eine Störung oder Verschleppung der Arbeiten des Hauses nicht gerichtet sind, behalten wir uns die fallweise freie Prüfung vor.

In vorzüglicher Hochachtung

für die Deutschfreiheitliche Vereinigung:

Ofner m. p. Gauser m. p."